



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

An die  
Mitglieder der  
SPD-Bundestagsfraktion

im Hause

Berlin, d. 30.11.09

### **Mandatsverlängerungen am 3.12.09**

Liebe Genossinnen und Genossen!

Am 3. Dezember entscheidet der Bundestag über die Verlängerung von drei Mandaten für den Einsatz der Bundeswehr im Ausland. Ich möchte Euch anbei einige Informationen zu den einzelnen Mandaten geben und zugleich erläutern, warum der Fraktionsvorstand Euch um Zustimmung zu den Anträgen der Bundesregierung zur Verlängerung von ISAF und UNIFIL bittet, während wir der Verlängerung des OEF-Mandats unsere Zustimmung nicht geben wollen.

#### **ISAF-Mandat**

Die ISAF-Gesamtstärke beträgt derzeit ca. 80.000 Soldaten (darunter ca. 38.000 US-Soldaten; zusätzlich noch ca. 30.000 unter OEF). Deutschland beteiligt sich seit dem 22.12.2001 an ISAF und gehört hier kontinuierlich zu den größten Truppenstellern (z.Zt. ca. 4.500 Soldaten).

Ein stabiles Afghanistan liegt auch in unserem Interesse. Trotz Fortschritten ist die afghanische Regierung noch nicht in der Lage, in allen Teilen des Landes eigenständig für Sicherheit und Stabilität zu sorgen. Die Sicherheitslage hat sich, zum Teil auch im Norden, zuletzt verschlechtert. Die Fortsetzung des internationalen Engagements ist erforderlich, um einen Rückfall Afghanistans in die Zeit des Bürgerkrieges und der Terrorherrschaft der Taliban zu verhindern. Dies würde die gesamte Region destabilisieren. Afghanistan könnte erneut zum Rückzugsraum des internationalen Terrorismus werden. Dann wäre auch Pakistan, das ebenfalls von Taliban bedroht wird, gefährdet – ein Land mit Atomwaffen. Auch Deutschland wäre davon unmittelbar betroffen. Ein stabilisiertes Afghanistan hingegen könnte positiv in die Region ausstrahlen. Deshalb werden wir den Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung des ISAF-Mandats unterstützen.



Die bisherige Politik der Weltgemeinschaft in Afghanistan hat sich als zu wenig erfolgreich erwiesen. Ende Januar wird in London eine internationale Afghanistankonferenz einberufen. Bei der Konferenz sollen, gemeinsam mit Afghanistan, konkrete Erwartungen und Ziele zu den Themen gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, Sicherheit sowie wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Afghanistan im Sinne einer „Übergabe in Verantwortung“ festgelegt werden. Wir werden sehr genau beobachten, wie sich die Bundesregierung in die Vorbereitung und Durchführung dieser Konferenz einbringt und welche Konsequenzen sie aus ihr zieht. Ein einfaches „Weiter so“ wird es mit uns nicht geben. Wir verlangen konkrete Vereinbarungen und Zieldaten, die eine Überführung Afghanistans in eine selbsttragende Sicherheit ermöglichen.

Klar ist: Je schneller dieses Ziel erreicht wird, umso eher kann die Präsenz internationaler Truppen in Afghanistan beendet werden. In dieser Legislaturperiode gilt es, die Grundlagen für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan zu schaffen. Dazu müssen jetzt die Weichen richtig gestellt werden. Dafür müssen wir unsere Anstrengungen in den Kernbereichen Sicherheit, Wiederaufbau, Gute Regierungsführung und Versöhnung bündeln und intensivieren.

Unsere Fraktion wird daher in einem eigenen Entschließungsantrag die Bundesregierung auffordern, alles zu unternehmen, um Afghanistans Entwicklung hin zu einer selbsttragenden Sicherheit weiter voran zu bringen.

### **UNIFIL-Mandat**

Deutschland hat sich von Anfang an maßgeblich am UNIFIL-Flottenverband beteiligt und diesen für insgesamt 21 Monate geführt, zuletzt vom 1. September bis zum 30. November 2009. Deutschland hat damit im internationalen Vergleich seit 2006 den weitaus größten Beitrag zum UNIFIL-Flottenverband geleistet. Deutschland stellt derzeit eine Fregatte, zwei Schnellboote, eine Unterstützungsplattform (Tender) und insg. ca. 450 Mann. Nach Abgabe der Führung des UNIFIL-Flottenverbandes verbleiben zwei Schnellboote, eine Unterstützungsplattform und insg. ca. 220 Mann. An der Maritime Task Force (MTF) beteiligen sich z.Zt. neben Deutschland auch Italien, Griechenland und die Türkei.

Das Einsatzgebiet der Bundeswehr im Rahmen von UNIFIL umfasst das Seegebiet vor der libanesischen Küste, bestehend aus den libanesischen Küstengewässern sowie einem Seeraum bis ca. 50 Seemeilen westlich der libanesischen Küste.

Für die Bundeswehr ergeben sich insb. folgende Aufgaben: Aufklärung und Überwachung des Seegebietes, seewärtige Sicherung der libanesischen Küste und Küstengewässer, Kontrolle des Seeverkehrs inklusive Kontrolle der Ladung/Personen an Bord von Schiffen sowie technische Ausrüstungshilfe, militärische Beratung/Ausbildungshilfe für die libanesischen Streitkräfte.



Deutschland leistet seit 2007 bilaterale Ausbildungs- und Ausstattungshilfe für die libanesische Marine, u.a. durch Wiederaufbau der libanesischen Küstenradaranlagen, Überlassung von drei Booten und Schiffsicherungsmaterial, Ausbildungsleistungen im Libanon sowie militärische Ausbildungshilfe in Deutschland.

Die FDP hatte der Mandatsverlängerung beim letzten Mal nicht zugestimmt. Im Regierungsantrag ist vorgesehen, das Mandat zum 30.6.2010 auslaufen zu lassen – ein gesichtswahrender Formelkompromiss ohne sachliche Begründung. Das werden wir in der Debatte kritisch ansprechen, die Fortsetzung des Einsatzes aber unterstützen.

### **OEF-Mandat**

Die Fraktionsführung wird der SPD-Bundestagsfraktion vorschlagen, dem Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung der deutschen Beteiligung an der Operation ENDURING FREEDOM (OEF) am Horn von Afrika nicht zuzustimmen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Umfang und Bedeutung dieser Mission gehen ständig zurück. Von im Jahr 2008 am Horn von Afrika eingesetzten fünf Einheiten blieben im ersten Halbjahr 2009 rechnerisch noch 1,7 Einheiten übrig. Zuletzt war die Bundesrepublik bis Oktober mit einem Seefernaufklärer beteiligt, bis Dezember 2009 ist jetzt wieder eine Fregatte vor Ort im Einsatz. Immer häufiger gibt es außerdem Überschneidungen und kurzfristige „Umflaggungen“ mit der Antipiraterie-Mission ATALANTA. Auch die Seekräfte der Vereinigten Staaten konzentrieren dort ihre Einheiten, die nur noch zeitweise OEF unterstellt werden. Selbst der eine deutsche Seeaufklärer war phasenweise der Mission ATALANTA zugeordnet.

Aus Sicht der SPD macht es keinen Sinn, diese „Zwittersituation“ mit den häufigen Unterstellungswechseln fortzusetzen. Schon 2008 hatte nach einer Initiative des damaligen Außenministers Frank-Walter Steinmeier die Bundesrepublik ihre Beteiligung an landgestützten OEF-Operationen beendet. Die SPD hält es für richtig, jetzt alle Kräfte auf einen Erfolg der Internationalen Gemeinschaft in Afghanistan zu konzentrieren, wobei die Ausgestaltung der ISAF-Mission von entscheidender Bedeutung sein wird. Wir ändern also mit unserem Nein zu einer weiteren deutschen OEF-Beteiligung nicht unseren Kurs, sondern setzen ihn konsequent fort.

Ich hoffe, dass diese komprimierten Infos Euch die Übersicht erleichtern, und verbleibe

mit freundlichen Grüßen  
Euer